

Statement

— Anja Piel

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— Jahrespressekonferenz

Berlin, 10. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten, schweren Monaten konnten sich viele Menschen auf ein sicheres soziales Netz verlassen. Die letzten Monate haben gezeigt: Solidarität ist die Währung, die uns aus der Krise hilft. Deshalb gilt: Wir müssen den Sozialstaat jetzt stärken – darauf drängen wir im bevorstehenden Wahlkampf.

Arbeitsmarktpolitik & Armut

Auf die Wirksamkeit des Kurzarbeitergelds hat Reiner Hoffmann bereits hingewiesen. Aber die Kurzarbeit wirkt auch wie ein Brennglas: Wer mit Niedriglohn in Kurzarbeit geht, läuft selbst bei einem Vollzeitjob Gefahr, in Bedürftigkeit abzurutschen. Deshalb gilt: Wenn der Lockdown weiter anhält, braucht es Hilfen für Beschäftigte in den besonders betroffenen Branchen. Corona hat das Leben für arme Menschen merklich teurer gemacht und raubt vielen Kindern Erfolgsaussichten und Entwicklungschancen. Zwar ist es ein grundsätzlich gutes Signal, dass die Bundesregierung weitere Hilfen für einkommensschwache Haushalte beschlossen hat. Der Kinderbonus ist im Ansatz richtig. Arme Haushalte profitieren davon mehr als hohe Einkommen. Auch dass die Jobcenter einspringen, wenn Laptop oder Internetanschluss fürs Home-Schooling fehlen, hilft den Betroffenen ganz sicher weiter – genauso wie der verlängerte erleichterte Zugang zur Grundsicherung. Trotzdem: Die Höhe dieser Hilfen ist insgesamt viel zu gering. Eine einmalige 150-Euro-Hilfe bleibt Lichtjahre hinter den tatsächlichen monatlich wiederkehrenden Mehrkosten in der Corona-Krise zurück. Mittelfristig brauchen wir eine neue, bürgerfreundliche Grundsicherung, die wirksam vor Armut schützt – sowie eine Kindergrundsicherung.

Pflege

Auf die Mängel der Pflege hat die Pandemie ein grelles Schlaglicht geworfen. Die längst überfällige Pflegereform ist Gesundheitsminister Spahn bis heute schuldig geblieben. Die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen sind unterdessen weiter gestiegen und die Beschäftigten sind in der zweiten Pandemie-Welle endgültig am Ende ihrer Kräfte. Die Bundesregierung darf jetzt nicht weiter abwarten. Wir brauchen den Systemwechsel: Eine neue Pflegebürgerversicherung, die sämtliche pflegerischen Kosten trägt. Langfristig müssen die Eigenanteile für die stationäre Pflege auf Null abschmelzen. In der Altenpflege steht der Tarifabschluss kurz bevor. Die anschließende Allgemeinverbindlichkeitserklärung würde endlich die Systemrelevanz und harte Arbeit der Pflegenden abbilden. Aber manche Arbeitgeberverbände haben dagegen bereits Klagen angekündigt. Damit konterkarieren sie das Ziel, mehr Fachkräfte zu gewinnen und verschärfen den Pflegenotstand unnötig weiter.

GKV

Auch an anderer Stelle heißt der Verantwortliche Jens Spahn: In der gesetzlichen Krankenversicherung droht die Krise am Ende hart zuzuschlagen; mit teuren Gesetzen hat Spahn die Krankenkassen erst finanziell destabilisiert, dann hat er die Solidargemeinschaft der GKV zum Zahlmeister der Coronakrise gemacht. Pandemiebekämpfung ist aber Staatsaufgabe und muss aus Steuermitteln finanziert werden, nicht aus den Beiträgen der Versicherten. Da in der Krise gegen diesen Grundsatz verstoßen wurde verlangen wir, dass der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds deutlich ausgeweitet wird. Es darf nicht sein, dass Spahn die Versichertengemeinschaft finanziell ausblutet und sie gleichzeitig mit weniger Leistungen oder einer Systemreform zu ihrem Nachteil rechnen müssen. Dagegen wehren wir Gewerkschaften uns nachdrücklich.

Rente

Ebenfalls bewährt hat sich in der Krise die gesetzliche Rentenversicherung. Trotz des Wirtschaftseinbruchs und gestiegener Renten ist die Finanzlage weiterhin stabil. Private Versicherungen hingegen haben zum Jahreswechsel die Überschussbeteiligungen gekürzt und Garantien zurückgezogen. Nicht erst das zeigt: Die Zeichen stehen auf einen Kurswechsel in der Alterssicherung. Wir müssen das gesetzliche Rentenniveau über 2025 hinaus dauerhaft stabilisieren und anheben. Weiterhin gilt: mit uns gibt es keine Debatte über ein höheres Rentenalter. Das erhöht zwar den Profit der Unternehmen, die Zeche zahlen aber die Beschäftigten und die künftigen Generationen – und insbesondere Menschen mit geringem Einkommen und in belastenden Berufen.

Demokratie

Die soziale Ungleichheit hat sich durch Corona verschärft. Das hat erhebliches Spaltungspotential für unsere Gesellschaft. Deshalb brauchen wir verlässliche politische Sicherheitsversprechen in der Krise und danach. Menschen dürfen nicht abgehängt werden – sonst überlassen wir den Rechtspopulisten das Feld, die das Gebäude unserer Demokratie weiter erodieren lassen wollen. Wer jetzt wie manche Arbeitgeber schon laut vom Sozialabbau träumt, macht sich mitverantwortlich für solche Spaltungsprozesse. Unsere wichtigste Aufgabe, die wichtigste Aufgabe der handelnden wie folgenden Bundesregierung ist, die sozialen Gräben zuzuschütten, um unsere Demokratie zu verteidigen. Als Gewerkschaften nehmen wir unsere Verantwortung ernst und stehen als Bündnispartner all denjenigen zur Verfügung, die gemeinsam mit uns für Demokratie und Solidarität eintreten.